

# Finanzausgleich im Grundsatz begrüsst: Aber muss es sein, dass der Staat noch draufzahlt?

**1. Lesung** Der Landtag würde es begrüssen, wenn bei der Anpassung des Finanzausgleichs mit horizontaler Komponente noch etwas für den Staat übrig bleiben würde und dieser nicht noch drauflegen müsste. Es gab aber auch sonst noch einige Inputs.

VON HANNES MATT

Der Finanzausgleich ist dazu da, dass jede Gemeinde ihre Aufgaben wahrnehmen kann: Mittels komplizierter Berechnung fliesst Geld an die weniger finanzstarken Gemeinden. Bislang stammt dieses vom Land, was auch als «vertikaler Ausgleich» bezeichnet wird. Nun soll noch ein «horizontaler» Ausgleich hinzukommen, bei dem die besonders reichen Gemeinden Vaduz und Schaan je rund 7 Millionen Franken an die anderen Gemeinden abzugeben haben. Somit soll es rund 15 Millionen Franken mehr für die neun übrigen Gemeinden geben. Gestern wurde die Vorlage, auf die sich die Regierung mit den Gemeinden einigen konnte, in 1. Lesung behandelt.

## Grundsätzliche Zustimmung

Im Grundsatz wurde der horizontale Ausgleich von den meisten Abgeordneten begrüsst - auch wenn viele Votierende kaum begeistert waren, dass der Regierungsvorschlag das Land zusätzliche 3,4 Millionen Franken kosten wird. Entsprechend wurde mehrfach angeregt, dass der neue Finanzausgleich für den Staat zumindest eine Nullrechnung ergibt - eine Anpassung der entsprechenden Stellschrauben kann der Landtag alle vier Jahre selbst entscheiden.

Während vonseiten der VU viel Lob für die Vorlage gab, hatten insbesondere die FBP-Abgeordneten Johannes Kaiser und Karin Zech-Hoop zahlreiche Inputs mitgebracht. Etwa hinterfragten die beiden, ob der Kleinheitszuschlag künftig nicht zu hoch ausfällt oder das neue System mit Blick auf ihre im März abgelehnte Motion «zur Ermöglichung einheitlicher Gemeindesteuerzuschläge - gegen Inländerdiskriminierung» auch tatsächlich allen Gemeinden den minimalsten Steuereffuss von 150 Prozent ermöglicht.

Regierungschef Daniel Risch zeigte sich davon überzeugt, schliesslich gebe es mit der Revision mehr Geld für die Gemeinden, als es die FBP-Motion zum Ziel hatte. Den Vorwurf, dass etwa Triesen prozentual im Vergleich zu anderen Gemeinden zu stark von der Revision profitiere, liess Daniel Risch mit Verweis auf die absoluten Zahlen ebenfalls nicht gelten: Denn Triesen bekomme pro Kopf gerechnet am wenigsten. Auch die Aufforderung von Johannes Kaiser zur neuerlichen Prüfung, die Sonderlösung für die Weilergemeinden Eschen und Mauren nochmals zu prüfen, wies der Regierungschef mit Verweis auf die vorliegenden Zahlen ab. So hätten die beiden Ortschaften keine höheren Ausgaben pro Kopf im Vergleich

mit vergleichbaren Gemeinden. Auch für den Input von Sebastian Gassner (FBP), eine weitere Bonus-Stellschraube für die spezifischere Unterstützung von Gemeinden einzuführen, stiess bei Risch auf Ablehnung, auch wenn er diesen als kreativen Ansatz bezeichnete: Solche «Zückerchen» für die Gemeinden würden die Vorlage nur belasten. Schliesslich gelte es, eine politische Mehrheit für die Revision des Finanzausgleichs zu finden, was in der Vergangenheit immer wieder gescheitert ist. So ging bereits 2018 eine Vorlage mit horizontaler Komponente bachab, wovon fast 20 Millionen Franken in die Staatskasse geflossen wären. Einer Lösung, der noch heute nachgetrauert wird.

## Wendelin Lampert hält voll dagegen

So gab es auch einige wenige Kritiker der heute auf dem Tisch liegenden Vorlage, darunter die Freie-Liste-Abgeordneten Patrick Risch und Georg Kaufmann sowie - was niemanden überraschen dürfte - Wendelin Lampert (FBP). Dieser hielt ein flammendes Votum, warum der Landtag die Vorlage nicht annehmen dürfe - dazu den Zauberlehrling «die Geister, die ich rief ...» oder eine Forrest-Gump-Variation «Klug ist, wer Kluges tut» zitierend. So könne es nicht sein, dass das Land Geld und der Landtag

entsprechend Handlungsspielraum an die Gemeinden abgibt. Auch mit einer Nulllösung für das Land gab er sich nicht zufrieden. «Wenn wir dem zustimmen, dann machen wir unseren Job als Landtagsabgeordnete nicht, wir sind schliesslich keine Gemeindevertreter», bekräftigte Lampert. «Das neue System überzeugt aus Sicht der Gemeinden, nicht aber das Land.» Denn es zeichne sich ab, dass die Landesrechnung immer rötter werde. Und es würden noch grosse Brocken warten, die bezahlt werden müssten - nur um die Sicherung der AHV oder die Elternzeit zu nennen. Und gleich mehrmals erwähnte der FBP-Abgeordnete überspitzt, dass er es nicht guthiesse, dass der «Gutscheinwettbewerb der Gemeinden» weiter gefördert wird und während auf der anderen Seite dann die Lohnnebenkosten erhöht werden müssten. Regierungschef Daniel Risch pochte schlussendlich darauf, dass man das Land nicht gegen die Gemeinden ausspielen sollte - ebenso wenig wie die Gemeinden untereinander. Risch gab zu, dass die Vorlage nicht in allen Punkten perfekt sei - aber eben besser als heutige System. So sei es nicht einfach gewesen und es hätte vieler Gespräche mit den Gemeinden benötigt, dass man sich auf einen Kompromiss hätte einigen können.



Johannes Kaiser (FBP) brachte viele Fragen mit.



Regierungschef Daniel Risch.



Opportunierte gegen die Vorlage: Wendelin Lampert.